

P r o t o k o l l

der 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 13. April 2011 im BiG Bildungszentrum

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:06 Uhr

Ende: 21:02 Uhr

Anwesenheit

Frau Berger
Herr Burmeister
Frau Dr. Fassbinder
Frau Heinrich
Herr Hendrick Hausschild (i.V. für Herrn Jesse)
Frau Kropidlowski
Frau Leddin (kommt später)
Herr Multhauf
Herr Pegel
Frau Witt

Verwaltung

Herr Dembski
Frau Hauswald

Gäste

OZ – Petra Hase
Herr Dr. Flieger
Frau Gliem
Frau Metzner
Frau Aumüller
Herr Tarnow
Frau Keding

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates
5. Vorstellung BiG: Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene; anna (Nachqualifizierung) und EfA (Berufsausbildung in Teilzeit)
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Veröffentlichung von schulischen Terminen und Informationen 05/379
B228-11/10
FDP-Fraktion
- 6.2. Lehrmittelversorgung der Zooschule 05/455
B271-14/11
FDP-Fraktion
- 6.3. Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Theater Vorpommern GmbH 05/462
B266-14/11
interfraktioneller Antrag
- 6.4. Betreuung Caspar-David-Friedrich-Haus 05/325
B198-10/10
Oberbürgermeister
7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 7.1. Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket
- 7.2. Schulhofgestaltung und Containerzugänglichkeit Arndt-Schule
- 7.3. Schulhofgestaltung und Regenentwässerung Weinert-Grundschule/Humboldt-Gymnasium
8. Betreuung Stadthalle als Kunststätte
9. Informationen der Verwaltung
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Bestätigung des Protokolls vom 09.03.2011

12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. *Sitzungseröffnung*

Herr Pegel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP: 2. *Bestätigung der Tagesordnung*

Herr Pegel stellt die Tagesordnung vor.

Herr Multhauf regt an, den TOP mit der Bezeichnung „Beschlusskontrolle“ besser wie folgt zu bezeichnen: „Beschluss-, Anregungs- & Empfehlungskontrolle“. Diese Anregung wird einstimmig von allen Kulturausschussmitgliedern befürwortet.

Die Tagesordnung wird modifiziert:

- Die Bestätigung des Protokolls wird als TOP 6 a vorgezogen.
(Abstimmungsergebnis dafür 6/2/0)

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

Zu TOP: 3. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Frau Aumüller, Leiterin des Abendgymnasiums, stellt sich vor und nutzt die Gelegenheit, ihr Anliegen dem Ausschuss vorzustellen.

Das Abendgymnasium „Wolfgang Koeppen“ soll als weiterführende Bildungseinrichtung, die bereits jetzt überregional arbeitet und Bürger aus dem Landkreis zu ihren Schülern zählt, mit dem am 4.9. in Kraft tretenden Landkreisneuordnungsgesetzes an den Landkreis übergehen.

Da das Abend-Gymnasium am Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium verortet ist, sieht Frau Aumüller ein Problem, das auftreten würde, wenn das Gymnasium in die Trägerschaft der Stadt zurückkehrte und das Abendgymnasium beim neuen LK bliebe. Beide Schulen nutzen derzeit die gleiche Infrastruktur. Wie würde man nach der Kreisgebietsreform mit dem Sachstand umgehen und wie lässt sich dies zukünftig logistisch realisieren?

Herr Burmeister bemerkt dazu, dass die Stadtverwaltung klären muss, wohin das Abendgymnasium gehört. Nach seinem Ermessen müsste das Abendgymnasium ebenso wie die Gymnasien in die Verantwortung der Stadt zurück kehren können.

Herr Multhauf ist gleicher Meinung und fragt, ob es denn seitens der Schulkonferenz eine Äußerung dazu gibt – so wie sich die Schulkonferenzen der Gymnasien und der IGS für den Verbleib bei der Kommune erklärt haben.

Es wird angeregt, dass die Schulkonferenz des Abendgymnasiums ein Schreiben an Herrn Petschaelis und den Ausschussvorsitzenden

anfertigt, in welchem die Verwaltung wie auch der Ausschuss gebeten werden, sich des Problems anzunehmen. (Das Anschreiben wird dem Protokoll beigelegt.)

Herr Pegel schlägt vor, zu prüfen, ob man überhaupt eine Chance hat. Da das Gymnasium aufgrund der überregionalen Ausrichtung eigentlich recht eindeutig eine Aufgabe des neuen LK wäre.

Frau Witt fragt, wie das bei den anderen 3 Abendgymnasien im Land gehandhabt wird. Schwerin und Rostock befinden sich in einem anderen strukturellen Kontext als Greifswald. In Neubrandenburg gestaltet sich das Problem ähnlich.

Herr Pegel fährt fort, wichtig sei, dass die Grundlagen geklärt werden. Dann müsse man abwägen.

Herr Pegel gibt dem Kanzler der Universität die Gelegenheit, sich zu dem Fortgang der Standortsuche für das StuThe zu äußern.

Herr Dr. Flieger bekundet, dass er mit einer positiven Nachricht käme.

Da für die Instandsetzung des Gebäudes in der Falladastr. 1,7 Mill.

Euro vonnöten gewesen wären, musste sich die Uni nach einem anderen Gebäude umschauen. Glücklicherweise habe man nun in der Franz-Mehring-Str. 48 (der ehemaligen Mensa der

Erziehungswissenschaften) ein Gebäude gefunden. Dessen Räume

hätten auch die entsprechende Höhe, eine Bühne unterzubringen. Das

Gebäude, welches sich die Unileitung gemeinsam mit den Akteuren des StudentenTheaters angesehen habe, befindet sich derzeit noch in

einem verheerenden Zustand. Allerdings gebe es von dem

Studentenwerk eine Finanzausgabe, bei der Instandsetzung des

Gebäudes behilflich zu sein. Desgleichen haben sich die Studenten

bereit erklärt, bei den malerischen Arbeiten unterstützend tätig zu sein.

Die Mehringstraße soll so lange als Interimslösung dienen, bis die

Mensa am Schießwall als Gebäude genutzt werden könne.

Herr Multhaus fragt Herrn Dr. Flieger nach dem weiteren Umgang mit dem Grundig-Preis. Es wird vereinbart, dass Herr Dr. Flieger in der nächsten Sitzung ausführlicher dazu Stellung nehmen wird.

Des Weiteren fragt Herr Multhaus nach dem derzeitigen baulichen Zustand des Historischen Institutes in der Domstr. 9 a.

Das Institut selbst befindet sich momentan in der Soldtmanstr. Die

Universität hat bzgl. dieses Sanierungsfalls beim Land wegen

Unterstützung angefragt. Die Finanzierung ist derzeit nicht geklärt, vor

allem welches Ministerium dafür verantwortlich ist. Derzeit geht es um

eine Summe von 3,5 Mill. Euro.

Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates

Frau Gliem vom Stadtelternrat möchte wissen, um welche Möbel es sich handelt, die aus dem Bestand der Pestalozzi- und der Weinert-Schule nach Afrika gespendet werden sollen. Ist es Mobiliar, das eigentlich noch anderweitig in Greifswalder Schul- oder Jugendeinrichtungen

eingesetzt werden könnte?

Des Weiteren fragt sie nach, wie es fortan ohne die MAE-Kräfte an den Schulen weitergehen soll.

Darüber hinaus wird das Problem der gestoppten Einführung der Inklusion angesprochen. Derzeit sei nach wie vor nicht klar, wie eine präventive integrative Grundschule funktionieren soll.

Herr Pegel informiert, dass das Gesundheitsamt die Eltern noch einmal gesondert angeschrieben hat.

Frau Metzner bemerkt, dass momentan insbesondere die Gruppenstärke in den Klassen diskutiert werde (Querschnitt: Sonderpädagoge auf Anzahl der Kinder in einer Gruppe). Allgemein wird von einer Gruppengröße von 6-8 Kindern gesprochen. Manche meinen allerdings, dass bereits von einer weitaus größeren Gruppe ausgegangen werde. Für Greifswald wurde bislang ein Berechnungsfaktor (für zusätzliche Lehrerstunden im Falle förderbedürftiger Kinder) in einer Größe von 0,18 gehandelt. Auf der Insel Rügen beträgt die Faktorgröße 0,16. Allerdings sei es gar nicht mehr klar, ob es überhaupt noch einen offiziellen Faktor gebe.

Angeblich sei dieser sogar gestrichen worden, da es,

18.35 Uhr

Frau Leddin kommt

laut Aussage von Frau Papproth, keine Brennpunktschulen gebe. Viele Eltern sind durchaus für eine integrative Schule, allerdings müsse diese mit den richtigen und entsprechenden Mitteln eingeführt werden. Man habe sich bereits mit Lehrern auf Rügen getroffen, um sich auszutauschen und das mögliche Für & Wider des neuen Integrationsmodells zu beleuchten. Es muss jedoch festgehalten werden, dass die Situation auf Rügen eine weit bessere als in Greifswald sei.

Fernerhin wird das Problem des Schulbuches „Lulu lernt lesen“ angesprochen.

Bis 30. April müssten Eltern Anträge auf Aufnahme in Diagnoseförderklassen (DFK) oder Sprachheilklassen über die Grundschulen an das Staatliche Schulamt stellen.

Herr Multhauf informiert zu seiner Anfrage zu 1-Euro-Jobber und den Auswirkungen deren verminderten Einsatzes. Bislang läge noch keine schriftliche Antwort auf seine Frage vor, die er Herrn Dr. König in der Bürgerschaft gestellt habe. Er weist auf den Beschluss zu den sonderpädagogischen Spezialklassen hin.

Frau Kropidowski schlägt vor, dass sich der Bildungs- und Kulturausschuss für den Stadtelternrat stark machen solle. Es sei absolut unfair, wie die engagierten Eltern in der Öffentlichkeit und in Leserbriefen beschimpft und diffamiert werden.

Herr Pegel bemerkt, dass es besser wäre, wenn dem staatlichen Schulamt mehr Handlungsfähigkeit zugestanden werden würde. Die Ressourcen müssen geordnet verteilt werden.

Frau Metzner äußert dazu, dass über die Ressourcen das Parlament entscheide. Aber weiß dieses wirklich, wie der Bedarf ausschaue? Angeblich ermittelt das staatliche Schulamt den Bedarf, so teilte es zumindest Frau Papproth mit.

19.00 Uhr

Herr Dembski kommt

Herr Burmeister äußert diesbezüglich, dass es eine neue Verordnung gebe, die bald erscheinen solle. Für jede Schulart gibt es Sockelbeträge & Faktoren. Anhand der Verordnung bekomme das Schulamt den Bedarf mitgeteilt und das Geld zugewiesen. Die Reserven seien gering, weshalb nichts nachgesteuert werden könne.

Herr Dembski äußert sich zu den Untersuchungen der Amtsärzte in Greifswald. Es werde geprüft, welche Kinder unterstützungswürdig seien, und wo es gut wäre, einen Antrag zu stellen. Die Eltern seien mit Anschreiben informiert worden. Allerdings könne die Verwaltung keine Anträge stellen, sondern das müssten die Eltern direkt übernehmen.

Herr Multhauf ist der Auffassung, dass, vorsichtig gesagt, das Schulamt die Eltern, die sich „trauen würden“, einen Antrag zu stellen, „abwimmele“.

Frau Leddin meint, es sei viel wichtiger, dass die Schulleiter und Lehrer den Eltern unterstützend zur Seite stünden.

Herr Pegel und Frau Gliem bemerken, dass der „Zugriff“ auf die Eltern schwierig sei. Wichtiger wäre es, direkt in die KiTas zu gehen, da diese einen direkteren Kontakt zu den Eltern hätten und ebenso besser die Kinder einschätzen könnten. Die Erzieher müssten die Eltern anregen, Anträge zu stellen.

Es wird gefragt, ob ein Kontakt über das Jugendamt hergestellt werden könne. Eine Rücksprache mit Frau Hofmann wird angeregt.

Herr Burmeister meint, dass aus den letzten Jahren doch Zahlen vorliegen müssten. Wenn keine Anmeldungen vorlägen, was könne man dann stattdessen machen?

Herr Pegel weist auf den gefassten Beschluss hin, der die Stadt bittet, über das Jugendamt und die Erzieher Kontakt zu den Eltern aufzunehmen. Das sei der vertrauensvollste Weg.

Herr Dembski meint, dass die Informationen nicht das Problem sein dürften. Wichtig sei, welche Entscheidung die Eltern treffen. Für das weitere Prozedere sei wichtig zu klären, ob die Untersuchung dafür zuständig sei oder die Entscheidung der Eltern. Wer entscheidet, was besser für das Kind ist?

Frau Leddin bemerkt, dass jeder beteuere, dass er Inklusion will – auch Herr Ministerpräsident Sellering. Aber so, wie die Inklusion derzeit laufe, sei sie viel zu holprig und zu schnell. Die Lehrkräfte sind gar nicht

ausreichend vorbereitet.

Frau Metzner plädiert vor diesem Hintergrund noch einmal für einen höheren Berechnungsfaktor.

Herr Multhauf fragt nach der Beschlussvorlage vom 28. März. Liegt bereits ein Ergebnis der Prüfung vor? Herr Dembski antwortet, dass derzeit jedes Elternteil mit einem Brief vom Amtsarzt informiert werde.

Herr Multhauf fragt nach den Informationen durch die KiTa-Erzieherinnen. Herr Dembski entgegnet, dass diese auch nur das wiederholen könnten, was bereits der Amtsarzt gesagt hätte.

Herr Pegel meint dazu, dass mündliche Informationen besser seien als Briefe. Dies hätte eine größere Wirkung bei den Eltern. Eine Aussage von Seiten einer KiTa-Erzieherin werde ernster genommen. Dann kann jeder immer noch seine eigene Entscheidung treffen.

Frau Witt äußert, dass sie gerne noch einmal von Herrn Petschaelis aufgelistet hätte, wie derzeit das Anmeldeverhalten aussehe. Wie viel Grundschüler haben sich in welchen Grundschulen angemeldet? Gebe es diesbezüglich auch Aussagen von den freien Schulträgern?

Zu TOP: 5. Vorstellung BiG: Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene; anna (Nachqualifizierung) und EfA (Berufsausbildung in Teilzeit)

Herr Tarnow, Berufscoach, stellt das im BiG verankerte Anna-Projekt vor. Frau Keding stellt das Anna (Anerkannte Berufsabschlüsse durch modulare Nachqualifizierung)- und das EfA-Projekt (Erfolgsfaktor Ausbildung) vor.

Das Projekt Anna hat eine Laufzeit von 3 Jahren. Es ist darauf ausgerichtet, dem Fachkräftemangel in der Region entgegen zu wirken. Es richtet sich an an- sowie ungelernete Jugendliche, um ihnen zukünftig bessere Aufstiegschancen und eine Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten. Die Bildung selbst, indes, wird nicht über das Projekt finanziert.

Herr Multhauf fragt, wie viele Mitarbeiter das BiG hätte und wie viele Lernende. Wie viele Teilnehmer würden ihre Ausbildung beenden und wie viele abbrechen? Herr Tarnow antwortet, dass es derzeit 82 Ausbilder gebe und 2 Auszubildende. Alle weiteren Details könne er jedoch schriftlich nachreichen.

Herr Dr. Flieger möchte wissen, ob nur Ungelernte, die indes in Lohn und Brot stünden, an diesem Projekt teilnehmen könnten? Herr Tarnow antwortet, dass es junge Menschen ohne einen abgeschlossenen Berufsabschluss seien.

19.47 Uhr

Herr Dr. Flieger, Frau Aumüller, Herr Tarnow und Frau Keding verlassen entschuldigt die Sitzung

Zu TOP: 6. *Beschlusskontrolle*

Herr Pegel informiert über die Beschlüsse der vorherigen Sitzung.

Zu TOP: 6a *Bestätigung des Protokolls vom 09.03.2011*

Herr Multhauf bittet darum, im Protokoll auf S. 4 (Mitte) seine Äußerung: „sozial schwache Studenten“ durch „finanziell schwächer gestellte Studenten“ zu ersetzen. Des Weiteren weist er auf einen weiteren Fehler hin. Auf Seite 15 des Protokolls dürfe es in der Äußerung von Herrn Westphal nicht heißen „westlich der A 9“, sondern „östlich der A 19“.

Frau Hauswald weist auch noch auf einen Fehler hin, der ihr unterlaufen sei. Auf Seite 6 müsse es richtig heißen, dass es nicht 3 Mitarbeiter seien, die mit dem Übergang der VHS an den LK übergangen, sondern 5 (0,5 VHS-Leitung; 2,5 Stellen Fachbereichsleitung sowie 2 Stellen Verwaltungsmitarbeiter). Mit diesen Änderungen wird das Protokoll bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Zu TOP: 6.1. *Veröffentlichung von schulischen Terminen und Informationen*

Herr Pegel verliest die Informationen von Herr Petschaelis, da dieser nicht an der Sitzung teilnehmen kann (siehe Anhang Protokoll). Frau Leddin weist darauf hin, dass ihr die Aussagen nicht ausreichen, da sie nur ein Drittel des Beschlusses umfassen. Herr Pegel wird Herrn Petschaelis noch einmal um eine ergänzende Information in der nächsten Sitzung bitten.

Das Thema wird erneut in die Beschlusskontrolle aufgenommen.

Zu TOP: 6.2. *Lehrmittelversorgung der Zooschule*

Herr Pegel verliest die Informationen von Herr Petschaelis (siehe Anhang Protokoll).

Beschlusskontrolle erledigt.

Zu TOP: 6.3. *Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Theater Vorpommern GmbH*

Da das Thema erst auf der kommenden Gesellschafterversammlung besprochen werden wird, muss es erneut in die Beschlusskontrolle aufgenommen werden.

Herr Dembski erläutert, dass derzeit die finanzielle Lage diskutiert wird. Welche Summe dann schließlich gezahlt werden soll, hänge davon ab, ob Haustarifverträge geschlossen werden.

Herr Multhauf meint dazu, dass es die Verpflichtung der Kommune sei, weiterhin die Zahlungen auszurichten. Wichtig wäre zu prüfen, ob das Stralsund und Rügen ebenso mitmachen würden.

Herr Dembksi meint daraufhin, dass eine vereinbarte Summe, die mehrere Jahre in gleicher Höhe ausgezahlt würde, nicht immer unbedingt gut sei.

Herr Pegel weist daraufhin, dass es nur um eine Beschlusskontrolle ginge. Bei einem 9-Jahreszeitraum sei man allerdings schon auf eine konstante Summe festgelegt. Wichtig sei indes, die anderen beiden Gesellschafter zu gewinnen.

Herr Multhauf wünscht vor dem Hintergrund der Prozesse der früheren Geschäftsführer gegen das Theater zu erfahren, wofür der Zuschuss der UHGW ausgegeben wird.

*Zu TOP: 6.4. **Betreibung Caspar-David-Friedrich-Haus***

Herr Dembksi äußert hierzu, dass es von Seiten des Landes noch keine Aussagen gebe. Das Thema wird erneut in die Beschlusskontrolle aufgenommen.

Frau Dr. Fassbinder fragt vor diesem Hintergrund nach der Erarbeitung des Romantik-Konzeptes. Frau Hauswald erläutert, dass sie daran arbeite.

Es gab bereits Kontakt zum Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg, in welchem sich regelmäßig eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema Romantik trifft. Nach Rücksprache mit dem wissenschaftlichen Geschäftsführer Dr. Suhm, habe Frau Hauswald darum gebeten, den Kreis auch auf die städtischen CDF-Protagonisten vor Ort auszuweiten. Des Weiteren habe es auch bereits ein Gespräch mit dem Kulturamtsleiter von Dresden gegen, um Möglichkeiten zu eruieren, wie die Zusammenarbeit zwischen den Städten im so genannten Friedrich-Dreieck (Kopenhagen-Greifswald-Dresden) ausgebaut werden könne. Frau Dr. Fassbinder weist darauf hin, dass es ihr wichtig sei, dass bei der Erarbeitung eines Romantikkonzeptes vor allem die hiesigen Experten mit einbezogen werden.

*Zu TOP: 7. **Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder***

*Zu TOP: 7.1. **Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket***

Frau Leddin berichtet von einem Treffen zum Thema des Teilhabepaketes in Anklam mit Herrn Rabe. Wie sei diesbezüglich, vor allem mit Bezug auf die Lernförderung, in Greifswald der Stand der Dinge?

Herr Dembksi erläutert, dass mit dem Kultusministerium abgestimmt werden müsse, was vorliegen muss, damit der Förderbedarf bestünde. Was gibt der Markt her? Ziel sei es, eigene Lernförderangebote aufzubauen und die Grundversorgung selbst einzurichten. Was sind

unsere Ziele und wie wollen wir sie als Kommune ausbauen, ohne dabei ein bürokratisches System zu schaffen? Daher müsse man von den Individualansprüchen, die eher den Idealfall darstellen, Abstand nehmen. Eine Einzelabrechnung gestaltet sich schwierig.

Frau Leddin äußert, dass Anklam hinsichtlich der Unterstützung bei Freizeitangeboten und der Ausreichung der 10 € eine Datenbank führe, in welcher die Vereine und freien Träger mit ihren Angebotszeiten und Gebühren aufgelistet werden. Gibt es etwas ähnliches auch bereits in Greifswald?

Herr Dembski antwortet, dass bislang die sportlichen Angebote aufgelistet worden seien. An die Fachämter sind die Angebotslisten weitergereicht worden, so dass die Institutionen und Vereine, die bislang nicht auf den Listen erwähnt sind, noch aufgenommen werden können.

Auf die Frage von Frau Leddin, wie dann die Abrechnung erfolgt, antwortet Herr Dembski, dass direkt abgerechnet werden wird. Die Stadt reicht das Geld direkt an den Träger weiter.

Herr Burmeister befragt Herrn Dembski vor diesem Hintergrund auch nach der Essenversorgung und der Leseförderung. Ist diesbezüglich noch eine Informationsveranstaltung vorgesehen? Ist ein beträchtlicher Verwaltungsaufwand in diesem Kontext zu erwarten?

Herr Dembski sagt, dass man sich momentan ein wenig in einer gesetzlosen Zeit befinde, da es sich um ein Gesetz handle, das rückwirkend wirksam werde. Ein Ausführungsgesetz für den Verwaltungsvollzug ist erst im Juni zu erwarten. Daher erfolgt die Umsetzung des Gesetzes eher „kreativ“ und ist bestimmt von dem Ansinnen, so schnell wie möglich die Leistung zu erfüllen.

Herr Burmeister fragt weiterhin, ob es auch möglich wäre, die Schulsozialarbeiter über das Teilhabepaket zu bezahlen. Herr Dembski meint, dass dies grundsätzlich möglich wäre, allerdings müsste man dann aus demselben Topf wie jenem der Essenversorgung schöpfen. Das hieße, zunächst wäre zu schauen, welches Budget nach Abzug der finanziellen Mittel für die Essenverpflegung noch vorhanden wäre. Allerdings könne es auch passieren, dass selbst bei einem Eigenbetrag von 1 € das Angebot für das Essen trotzdem nicht wahrgenommen werden würde.

Pauschalzahlungen an die Eltern wären die einfachste Form der Umsetzung. Frau Gliem äußert dazu, dass die Pauschalbeträge für den Schulbedarf über das Jobcenter zu beantragt werden müssen. Jeweils zum 1.2. können 30 Euro und zum 1.8. können pauschal 70 Euro beantragt werden.

Zu TOP: *Schulhofgestaltung und Containerzugänglichkeit Arndt-Schule*
7.2.

Frau Leddin äußert hierzu, dass sie erst einmal Freitag (15.4.2011) abwarten müsse, um diesbzgl. aussagefähig zu sein.

Zu TOP: *Schulhofgestaltung und Regenentwässerung Weinert-
7.3. Grundschule/Humboldt-Gymnasium*

Herr Pegel informiert, dass die Ämter bislang leider nicht auf seine Anfrage hin reagiert hätten. Deshalb möchte er noch einmal eine Anfrage in der Bürgerschaft stellen. Die Verwaltung soll dann Auskunft geben, ob Planungen und Baumaßnahmen vorgesehen seien.

Herr Burmeister begrüßt dies.

Herr Pegel erklärt weiterhin, dass es auch von Seiten der Baubekon keine weiteren Reaktionen und Antworten gegeben hätte. Herr Burmeister meint diesbezüglich, dass es doch bereits 28.000 € gab, die man für dieses Vorhaben zu Verfügung gestellt hatte. Baupläne gab es gleichermaßen.

Herr Multhauf spricht noch einmal das Thema der gekürzten Projektförderung seitens des Landes für das Koeppenhaus, das St. Spiritus und die Eldenaer Jazz Evenings an. Sei nun zu erwarten, dass mit der zwischenzeitlichen Einstellung des Welterbeprojektantrags Peenemünde das ausstehende Geld doch für alle drei Institutionen zur Verfügung stünde?

Herr Demsbki äußert diesbezüglich, dass sich das Land hierzu noch nicht weiter geäußert habe.

Des Weiteren möchte Herr Multhauf wissen und aufgelistet haben, welche Gedenksteine sich in der Verantwortung der Stadt befinden. Vor diesem Hintergrund nutzt Frau Hauswald die Gelegenheit, noch einmal zu erläutern, dass das Kulturamt für die Pflege der Gedenksteine verantwortlich ist. Ihre Äußerung im letzten Protokoll sei ungeschickt formuliert worden, und daher sachlich nicht richtig. Da das Kulturamt in diesem Jahr nicht genügend Geld für die Pflege der Gedenksteine in seinem Haushalt hat, können nicht alle von Herrn Multhauf „angemahnten“ Steine gereinigt werden. Frau Hauswald schlägt stattdessen vor, dass zunächst nur ein Gedenkstein gereinigt werde. Andernfalls müssten finanziellen Mittel für kulturelle Projekte umgeschichtet werden. Grundsätzlich wäre zu schauen, welchen Gedenkstein man pro Jahr einer Reinigung, die um 500 Euro kosten würde, unterziehen möchte.

Frau Leddin erwähnt die sehr gelungene Festwoche des Jahn-Gymnasiums und meint, dass der Bildungs- und Kulturausschuß dem Jahn-Gymnasium für die Festveranstaltungen danken sollte.

Herr Multhauf fragt nach dem Theaterpädagogen und einer möglichen Wiederbesetzung der Stelle. Frau Hauswald erläutert, dass sich das Theater Vorpommern, mit Unterstützung des Kreisdiakonischen Werkes, bemüht, die Stelle des Theaterpädagogen wieder zu besetzen. Das Kreisdiakonische Werk habe einen Antrag auf eine Projektförderung für 2 Theaterpädagogen im Rahmen der

soziokulturellen Theaterarbeit mit benachteiligten Jugendlichen bei der Aktion Mensch gestellt.

Des Weiteren fragt Herr Multhauf nach der Bestätigung der Theatermanagement Vorpommern Unternehmergeellschaft (UG), die die Vorpommersche Landesbühne Anklam GmbH und die Theater Vorpommern GmbH im Dezember des letzten Jahres gegründet hatten. Herr Dembski äußert, dass diesbezüglich noch keine weiteren Aussagen von Seiten des Landes vorlägen.

Auf Herrn Multhaufs Nachfrage zu dem Verbleib der restlichen Fischerbrunnen-Figuren von Jo Jastram äußert Frau Hauswald, dass derzeit Podeste gebaut würden, auf denen die Figuren dann bis zum Sommer im Foyer des Rathauses präsentiert werden sollen.

Fernerhin äußert sich Herr Multhauf zur Rubenow-Medaille, deren Vergabe seiner Ansicht nach nach „Gutsherrenart“ vorgenommen werde. Er wünsche sich eine etwas basis-demokratischere Vorgehensweise.

Herr Burmeister regt diesbezüglich an zu prüfen, was in der Satzung zur Vergabe stünde. Es werde doch sicher etwas geben, in dem das Verfahren zur Vergabe geregelt ist. Andernfalls könne man in der Bürgerschaft eine Anfrage stellen.

Herr Multhauf äußert, dass er es sehr begrüßenswert fand zu lesen, dass die Stadt mit Gedenktafeln die Retter Greifswalds ehren möchte. Allerdings bemängelt er die Vorgehensweise und hätte sich gewünscht, dass die Politik früher darüber informiert worden wäre. Ebenso bemängelt er, dass dies nicht im Bildungs- und Kulturausschuss bekannt gegeben worden sei.

Frau Kropidlowski bittet um Aufmerksamkeit für die Aktivitäten des Tierparks während der Osterfeiertage. In der Giftbude wird sich bspw. die Umweltbibliothek präsentieren und mit einem großen Angebot aufwarten.

Herr Burmeister äußert sich zu dem Gremium, welches über die Auszeichnung „Silberner Greif“ entscheidet, in welchem er in diesem Jahr vertreten war. Er hat sich gewundert, dass in der diesjährigen Vorschlagsliste niemand aus dem Bereich Bildung vertreten war und meint, dass auch der Bildungs- und Kulturausschuss zukünftig die Möglichkeit nutzen sollte, Kandidaten vorzuschlagen.

*Zu TOP: 8. **Betreibung Stadthalle als Kunststätte***

Herr Multhauf schlägt vor, aufgrund der Abwesenheit von Frau Heinrich, von der die Anfrage kam, das Thema auf die Tagesordnung des kommenden Ausschusses zu setzen. Herr Dembski bittet darum, die

Anfrage beim nächsten Mal etwas konkreter zu formulieren.

Zu TOP: 9. Informationen der Verwaltung

Frau Hauswald informiert zu dem Stand der Dinge bzgl. der Errichtung des Greifenbrunnens vor dem TC (siehe Anlage). Des Weiteren berichtet sie von einer Anfrage hinsichtlich des 300. Jubiläums Lomnossows (siehe Anlage).

Weitere Informationen betreffen die Reise des Bildungs- und Kulturausschusses am 20.4. nach Szczecin sowie die geplanten Aktionen am 1. Mai.

Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 11. Bestätigung des Protokolls vom 09.03.2011

Siehe TOP 6 a

Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung

Herr Pegel bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 21.02 Uhr.



Christian Pegel
Ausschussvorsitzender

Anett Hauswald
für das Protokoll

Anlagen